

Die baumreichen Innenhöfe zwischen den DDR-Wohnblöcken an der Orionstraße in Treptow gleichen Innenstadtoasen. Das Quartier, das Ende der 1950er-Jahre im Ortsteil Plänterwald gebaut wurde, soll in den kommenden Jahren mit sechs Neubaublöcken und insgesamt 95 preisgünstigen Ein- bis Fünf-Raum-Wohnungen nachverdichtet werden. Darum, dass wenigstens der baumreichste und schönste Hof erhalten bleibt, hatten Anwohner und Bezirk monatelang gerungen und schließlich mit der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Stadt und Land einen Kompromiss ausgehandelt.

Die Abmachung sah vor, zwei der geplanten neuen Mietshäuser nicht auf dem Areal des begrünten Orionhofes, sondern auf einer landeseigenen Wiesenfläche in der Nachbarschaft zu errichten. Doch einen Tag, nachdem der Bezirk im Februar die Baugenehmigung erteilt hatte, trat das Unternehmen von der Vereinbarung zurück.

„Unser Vertrauen in die Glaubwürdigkeit einer landeseigenen Wohnbaugesellschaft ist erschüttert“, sagt Annabell Dutschmann von der Bürgerinitiative Plänterwald. Auch Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) ist schwer enttäuscht. „Wir hatten gemeinsam die Grundlagen für einen Kompromiss im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner und der Belange eines dringend benötigten miethausgebundenen Neubaus gelegt und hätten die grüne Umgebung aufwerten können. Dies ist nun von Stadt und Land einseitig aufgekündigt worden“, sagt der Politiker.

#### Kompromiss-Suche

Seine zuständige Stadträtin Claudia Leistner (Grüne) spricht von einem „Schlag ins Gesicht all derer, die seit Monaten versuchen, einen nachhaltigen Kompromiss zu finden.“ Die Stadt und Land GmbH beruft sich darauf, dass es sich bei dem nun aufgekündigten sogenannten „Letter of Intent (LoI)“ lediglich um eine unverbindliche Absichtserklärung gehandelt habe.

„Wir hatten im September 2021 gemeinsam mit dem Bezirksamt in einem LOI verabredet, einen Grundstückstausch zu prüfen“, erklärt eine Sprecherin des Unternehmens. „Nach über sechs Monaten gemeinsamen Bemühens um den Ersatzstandort haben wir die Situation neu bewertet.“ Ein Neubau auf dem Ersatzgrundstück hätte aufgrund der zwischenzeitlich weiter gestiegenen Baukosten Mehrkosten in siebenstelliger Höhe zur Folge, heißt es vom Unternehmen.

Dazu festigte sich die Erkenntnis, dass es auch am Ersatzstandort Protest aus der Nachbarschaft gegeben hätte, argumentiert die Stadt-und-Land-Sprecherin. „Unser Auftrag ist es, baurechtlich mögliche Neubauvorhaben zügig zu realisieren. In der Vorausschau



# Achtgeschosser auf dem Spielplatz

**Immobilien** Im Kampf gegen die Wohnungsnot sollen in Berlin auch grüne Innenhöfe und Freizeitareale bebaut werden. Dagegen haben sich Bürgerinitiativen formiert. Im Osten gibt es keinen Schutz der Flächen, im Westen dagegen schon. Von Maria Neuendorff



Anwohner und Bezirk wollten mit einem Grundstückstausch erreichen, dass wenigstens eine der Grünflächen im Orionhof erhalten bleibt. Foto: Philipp Hartmann

**Ansage am Balkon:** Die Bürgerinitiative Plänterwald will trotz des Rückschlages weiter kämpfen.



auf diese mögliche Entwicklung habe man die Vereinbarung in Plänterwald bewusst mit einer Rückfalloption versehen und dies auch so kommuniziert.

Anwohner sehen das anders. „Der Vorfall lässt das Vertrauen in demokratische Aushandlungsprozesse schwinden und wird die Politikverdrossenheit weiter fördern“, glaubt Annabell Dutschmann. „Wir sind entsetzt, wie beliebig Absprachen auf höchster kommunaler Ebene für nichtig er-

klärt werden.“ „Das Bezirksamt muss darlegen, ob die demokratischen Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung und der Einwohner:innenantrag von Beginn an wurscht waren“, sagt auch Katalin Gennburg, Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt für die Berliner Linien im Abgeordnetenhaus, die ihren Wahlkreis im Stadtbezirk Treptow hat.

Für die Politikerin wirft der Fall auch ein Licht auf ein stadt-

weites Problem: „Überall in Berlin sollen jetzt grüne Innenhöfe bebaut statt erhalten werden. Unter der Maßgabe, dass ohne Fundierung Zielzahlen für den Wohnungsbau ausgegeben wurden, sollen die landeseigenen Wohnungsgesellschaften jetzt alle ihre Grundstücke maximal bebauen, auch wenn es sich dabei um die grünen Verbindungs- und Kommunikationsräume in städtebaulichen Ensembles handelt“, kritisiert Gennburg. Bürgerbeteiligung, Schutz gegen die Folgen der Klimakatastrophe sowie Allgemeinwohl blieben dabei auf der Strecke.

Mehr als 100 Wohnanlagen sollen in Berlin in den kommenden Jahren nachverdichtet werden. Gegen die Bebauung von grünen Innenstadt-Flächen haben sich inzwischen zahlreiche Bürgerinitiativen formiert. Im Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung sind derzeit 27 zusammengeschlossen. Von den 20, die wiederum direkt von der Versiegelung von grünen Sozialflächen und Spielplätzen betroffen sind, sind wiederum 16 im Ostteil der Stadt angesiedelt.

In einem offenen Brief an den neuen Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD) kritisiert das Bündnis, dass im Osten aus historischen Gründen häufig keine Bebauungspläne nötig seien. „In Ostberlin gibt es gegenwärtig 77 Nachverdichtungsprojekte, in Westberlin nur 40“, heißt es in dem Schreiben. Im Westteil der

Stadt gehe der nachträglichen Bebauung von Nachkriegsanlagen häufig ein längeres Planungsverfahren voraus. Für die Erstellung des Bebauungsplanes würden Organisationen, Umweltverbände und ähnliches befragt. „Bürgerentscheid findet vor der Bebauung statt. Im Ostteil bedarf es dagegen keiner Planung“, lautet die Kritik.

Der Unterschied zwischen Ost und West sei entstanden, weil man die Bauplanungs- und Zulassungsverordnung der DDR im vereinigten Deutschland nicht übernommen habe. Für West-Berlin wurde 1958 dagegen ein sogenannter Baunutzungsplan beschlossen, der bis heute Gültigkeit hat.

„Im Osten behandelt man Wohngebiete rechtlich wie Baulücken.“

Im Osten behandle man dagegen Wohngebiete und Großsiedlungen rechtlich wie Baulücken, heißt es in dem Brief. „Doch auch in der DDR existierte eine Bauplanung“, betont Editha Kindzorra von der Initiative Vesaliuskiez in Pankow. „Für die in den 1950er- bis 70er-Jahren geplanten Wohngebiete wurde eine soziale Infrastruktur mitgedacht, so unter anderem Kaufhallen, Kindergärten, Schulen, Washhäuser, Friseur, Freizeiteinrichtungen. So entstand eine gewachsene Struktur des Kiezes und der Bewohner, die die Bäume teilweise selbst gepflanzt haben“, erklärt die Pankowerin.

Sie und ihre Mitstreiter protestieren derzeit dagegen, dass die

Noch eine Oase: Die grünen Innenhöfe im Wohnviertel am Plänterwald in Berlin-Treptow sollen mit kommunalen Wohnungen bebaut werden.

Fotos (2): Katja Brauer/BI Plänterwald

landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Gesobau in ihrem Pankower Plattenbauviertel ab März auf zwei hochfrequentierten Spielplätzen mit 28 Bäumen und grünen Begegnungsflächen zwei achtgeschossige Bauten mit insgesamt 75 Wohnungen errichtet. In ihrem Brief fordert die Initiative Vesaliuskiez Bausenator Geisel auf, die Gesetzgebung in der Stadt zu überprüfen.

In der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung weist man den Vorwurf einer „Ungleichbehandlung zwischen Ost und West allerdings zurück. „Die Gesetze werden berlinweit einheitlich angewendet“, so eine Sprecherin. Allerdings habe eine beantragte Baugenehmigung je nach dem zugrundeliegenden Sachverhalt eine andere rechtliche Entscheidungsgrundlage. „Sofern kein Bebauungsplan für das Gebiet vorliegt, ist die Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile nach Paragraph 34 des deutschen Baugesetzbuchs zu beurteilen“, erklärt die Behördensprecherin weiter. Dieser besagt, dass sich die Bebauung in die Umgebung einfügen müsse.

Von insgesamt 32 räumlichen Schwerpunkten für eine städtebauliche Weiterentwicklung bestehender Siedlungen befanden sich 17 im ehemaligen Westberliner Stadtgebiet und 15 im ehemaligen Ostberliner Stadtgebiet. „Es ist also mitnichten so, dass der Senat nur im Osten der Stadt Nachverdichtung betreiben will.“

Die Initiative Plänterwald jedenfalls will weiter für den Erhalt des Orionhofes im Südosten Berlins kämpfen. „Er ist aufgrund seines jahrzehntealten Baumbestands nicht nur Lebensraum vieler Tiere, sondern hat für die Nachbarschaft und das Quartier bereits eine etablierte Funktion als multifunktionale Grün-, Kühl- und Spielfläche mit Spielplatz. Er ist ein generationenübergreifender sozialer Treffpunkt des Wohngebietes“, erklärt Annabell Dutschmann.

#### Klage zurückgezogen

Sie und ihre Mitstreiter fordern die Mitglieder der Bezirksstadterordnetenversammlung (BVV) Treptow-Köpenick auf, den Fall auch über ihre Parteikollegen ins Abgeordnetenhaus zu tragen. „Halten Sie Ihr Wort und setzen Sie sich, wie verbindlich in der BVV abgestimmt, für das Gebiet ein“, schreibt Dutschmann in einem Brief an die Kommunalpolitiker.

Dass diese in Sachen Nachverdichtung durchaus Handlungsmöglichkeiten haben, zeigt ein weiterer Fall in Pankow. Dort hatte der Bezirk die Genehmigung für die Bebauung von zwei Innenhöfen mit rund 170 Bäumen im Schlosspark-Kiez verweigert. Die Gesobau ging vor Gericht, zog aber die Klage wieder zurück, nachdem der Bezirk seine Ablehnung mit dem 2019 in Pankow ausgerufenen Klimanotstand begründet hatte.

#### NEUE CORONA-REGELN

**In Berlin bekommen** Ungeimpfte wieder Zutritt zu Restaurants, Kneipen und Hotels. Das hat der Senat am Dienstag beschlossen, wie die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) mitteilte. Die Corona-Maßnahmen werden von Freitag an gelockert. Dann gilt für Gastronomie und Hotellerie die 3G-Regel. Danach dürfen dort neben Geimpften und Genesenen auch Ungeimpfte mit einem tagesaktuellen negativen Test wieder Gäste sein. Lockerungen wird es auch für die Clubszene geben. Sie dürfen unter 2G-plus-Bedingungen öffnen. Zutritt haben dann Geimpfte und Genesene mit zusätzlichem Test, der auch für Geboosterte Pflicht ist. dpa

## Berliner Erzbistum verspricht Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs

Berlin. Das Erzbistum Berlin will aus einer Vielzahl von Fällen sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche weitere Konsequenzen ziehen. Ziel sei es, derartige Taten einerseits weiter aufzuarbeiten und andererseits für die Zukunft zu verhindern, machten Erzbischof Heiner Koch und Generalvikar Manfred Kollig am Dienstag deutlich. Geplant seien etwa Änderungen beim Beschwerdemanagement zur Verhinderung von Machtmissbrauch, Verbesserungen bei der Aus- und Weiterbildung von Priestern und anderen Beschäftigten sowie eine Überprüfung bestimmter Stan-

dards etwa für Beichte oder Kommunion.

Kollig zufolge sollen außerdem fünf Personalverantwortliche nicht mehr mit Vorgängen betraut werden, die mit mutmaßlichem Missbrauch zu tun haben. Sie würden weder bei entsprechenden Voruntersuchungen gegen Beschäftigte noch bei der Bearbeitung von Missbrauchsfällen eingesetzt. „Es geht um die Menschen, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind, und darum, alles zu tun, dass Missbrauch in unserer Kirche keinen Platz findet“, unterstrich Erzbischof Heiner Koch.



Will die Aufarbeitung: Erzbischof Heiner Koch Foto: dpa

Im Januar 2021 wurde ein von einer Kanzlei erstelltes Gutachten vorgestellt, wonach mindestens 61 Geistliche im Bereich des Erzbistums Berlin zwischen 1946 bis Ende 2019 am sexuellen Missbrauch von Minderjährigen beteiligt waren. Aus Akten wurden bis dato 121 Opfer bekannt. Wie das Erzbistum nun mitteilte, wurden im Jahr 2021 in elf weiteren Fällen Missbrauchsvorwürfe gegen Kleriker oder andere Kirchenmitarbeiter erhoben. Die mutmaßlichen Taten lägen zum Teil schon länger zurück. Die Dunkelziffer könnte weit höher liegen, hieß es schon vor gut einem Jahr. dpa

## Flüchtlinge Berlin schafft 20.000 Plätze

Berlin. Der Berliner Senat will Platz für zunächst 20.000 Geflüchtete aus der Ukraine schaffen. „Wir wissen noch nicht genau, wie viele es werden“, sagte die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) am Dienstag nach der Sitzung des Senats. Es sollen neue Unterbringungsmöglichkeiten entstehen, etwa in einem reaktivierten Container-Dorf oder in einem sanierten Haus, das für die Unterbringung von Saison-Arbeitskräften gedacht war. dpa